

# **Wahlprüfsteine der Piratenpartei zur Oberbürgermeisterwahl 2013 in Hannover**

## **Oberbürgermeisterkandidat Matthias Waldraff**

### **Politik 2.0**

#### **Werden Sie sich für eine Transparenzregelung analog zum Hamburger Transparenzgesetz einsetzen?**

Ich fordere ein Open Data Portal für Hannover. Hannovers Bürgerinnen und Bürgern brauchen mehr Transparenz. Zahlreiche Verwaltungsdaten sollen künftig auf einen Blick zu finden und mit wenigen Klicks herunterzuladen sein. Die Verwaltung verfügt über eine Fülle an Informationen und Datensätzen, die zum Teil bereits heute auf unterschiedlichen Internetseiten abgerufen werden können. Mit einem Open Data Portal kann man Datensätze bündeln und übersichtlich nach Themen zugänglich machen. Zudem müssen rechtliche Fragestellungen rund um die Weiterverwendung von Datensätzen erklärt werden. Mit dem strukturierten Veröffentlichen von Verwaltungsdaten sollen für Bürgerinnen und Bürger wie auch für Unternehmen neue Möglichkeiten geschaffen werden. In Hamburg haben sich alle Behörden beteiligt. Geo- und Umweltdaten sind ebenso zu finden wie Haushaltsdaten, schulstatistische Daten und Daten aus dem Sozial-, Bau- und Wirtschaftsbereich.

#### **Halten Sie eine Bürgerbeteiligung wie bei Liquid Friesland für machbar und setzen sich für diese Art der Bürgerbeteiligung ein? Welche anderen Arten der Bürgerbeteiligung wollen Sie forcieren?**

Die Bürgerinnen und Bürger müssen in der Planungsphase von Entscheidungen stärker konsultiert werden, um deren Meinungen in der Entscheidungsfindung zu berücksichtigen. Es sollen möglichst auch diejenigen Teile der Bevölkerung erreicht werden, die um politische Themen im Netz einen Bogen machen. Dazu sollen permanente Angebote, wie beispielsweise das Anliegenmanagement oder die Stadtplanungscommunities eingerichtet bzw. ausgebaut werden. Ein modernes Beschwerdemanagement soll dafür sorgen, dass Bürgeranliegen sofort beantwortet werden. Ich will klare Dialoginstrumente für Menschen jeden Alters: Stört Sie / Dich etwas in deiner eigenen Umgebung, von dem Sie glauben bzw. Du glaubst, die Verwaltung sollte den Zustand schnell ändern? Haben Sie bzw. hast Du eine Idee für ein neues Projekt oder einen Service, der die Lebensqualität der Menschen verbessern würde? Gehen Sie bzw. gehe ins Netz und teilen Sie bzw. teile es der Verwaltung mit. Egal wann und mit dem Gerät Ihrer / deiner Wahl. Attraktiv wird das Angebot dann, wenn die Teilnehmer schnell eine Rückmeldung zu den Umsetzungschancen bekommen und die Entscheidungswege transparent und nachvollziehbar sind.

**Werden Sie die Voraussetzungen für kostenfreies WLAN und Internet-Terminals in Parks, öffentlichen Plätzen, im ÖPNV und öffentlichen Gebäuden schaffen?**

Die Stadt Hannover sollte an einigen Stellen kostenloses und frei zugängliches W-LAN zur Verfügung stellen. Vorbild sollen Metropolen wie New York City sein, wo es schon länger kostenloses W-LAN im Innenstadtbereich gibt, und London, wo zu den Olympischen Spielen 2012 die zentral gelegenen U-Bahn-Stationen mit frei zugänglichem Internet ausgerüstet wurden. Auch die jüngere Generation und Touristen, die die hannoverschen Messen besuchen, werden enorm vom kostenlosen Internet in Hannover profitieren. Dies kann ein Service des Rathauses sein, um die Stadt noch attraktiver für auswärtige Besucher, Studenten/Schüler aber auch für Hannoveraner selbst zu machen. Dabei geht es nicht um eine flächendeckendes Netz. Ich halte es jedoch für notwendig, hoch frequentierte Orte, wie z. B. das Kröpcke-Areal, Freigelände an der Uni, Hauptbahnhof, etc. mit frei zugänglichem W-LAN auszustatten. W-Lan Hotspots z. B. im Maschpark oder anderen öffentlichen Grünflächen und Erholungsgebieten können auch dafür sorgen, noch mehr Bürger ins Grüne zu locken, um dem Großstadt-Trouble zu entgehen.

**Werden Sie sich dafür einsetzen, die Möglichkeiten für Videostreaming aus den Sitzungen des Stadtrats und den Ausschüssen schaffen?**

Eine bessere Transparenz in den Sitzungen des Rates der Landeshauptstadt Hannover muss gegeben sein. Dazu gehört die bessere Darstellung der Arbeit des Rates und seiner Ausschüsse. Ich begrüße es ausdrücklich, wenn sich die Bürgerinnen und Bürger Hannovers direkt über die Arbeit der Ratsgremien informieren können. Dazu gehört für mich, die technischen Voraussetzungen zu schaffen, um die öffentlichen Debatten direkt ins Internet zu übertragen. Die Entscheidung darüber trifft aber die Ratsversammlung, ich werde daher dazu mit den Fraktionen Gespräche führen.

**Werden Sie sich dafür einsetzen, dass in allen Ausschusssitzungen eine Bürgerfragestunde vorgeschaltet ist?**

Die Ausschusssitzungen liegen in der Zuständigkeit des Rates der Landeshauptstadt Hannover. Die Form der Organisation ist durch die Geschäftsordnung des Rates geregelt und wurde in der ersten Sitzung des Rates am 03. November 2011 durch den Rat beschlossen. Die Geschäftsordnung des Rates regelt in § 36 die Einwohnerfragestunde. Dort heißt es in Absatz 1: *Die Ausschüsse können beschließen, dass in einem zeitlich bestimmten Teil einer ihrer nächsten öffentlichen Sitzungen eine Einwohnerfragestunde stattfindet. Die Fragestunde wird von der Ausschussvorsitzenden oder dem Ausschussvorsitzenden geleitet. Sie soll 45 Minuten nicht überschreiten.* Damit ist sichergestellt, dass die Bürgerinnen und Bürger Hannovers ihre Anliegen persönlich und direkt in den Gremien des Rates einbringen können. Leider wird von diesem Instrument durch die Bürgerinnen und Bürger allzu selten Gebrauch gemacht und nur in wenigen Ausschusssitzungen sind Bürgerinnen und Bürger anwesend. Aus dieser Erfahrung heraus werde ich das Gespräch mit allen gesellschaftlichen Gruppen und Interessierten, aber auch mit den Vertretern aller Fraktionen suchen, um das Instrument der Einwohnerfragestunde bekannter zu machen und Bürgerinnen und Bürger für die Arbeit der Ratsausschüsse zu interessieren.

**Werden Sie sich dafür einsetzen, mit einer Flexibilisierung der Öffnungszeiten dafür sorgen, dass bei regelmäßigen Arbeitszeiten sichergestellt ist, innerhalb einer Woche die Dienste von Bürgerämtern persönlich in Anspruch nehmen zu können?**

Schon heute ist sichergestellt, dass Berufstätige die Bürgerämter erreichen können, u. a. durch Öffnungszeiten bis 18 Uhr bzw. durch Samstagsöffnung des Bürgeramtes Mitte. Allerdings sind diese Öffnungszeiten weiter zu verbessern. In Abstimmung mit dem städtischen Gesamtpersonalrat werde ich dieses Thema erörtern. Hierbei sind tarifvertragliche Regelungen zur Dienstzeit der städtischen Beschäftigten zu beachten.

## **Mehr Demokratie**

**Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Institutionen wie das Bürgerbüro Stadtentwicklung wieder mit finanziellen Mitteln wie vor der Kommunalwahl 2011 ausgestattet wird?**

Das Bürgerbüro Stadtentwicklung hat in den vergangenen Jahren unschätzbare Dienste für die Bürgerbeteiligung in Hannover geleistet. Dies ist unbestreitbar. Allerdings bedürfen neue Entwicklungen auch immer wieder einer Überprüfung der vorhandenen Instrumente, gerade unter dem Vorbehalt der Finanzierbarkeit solcher Entwicklungen. Dabei ist zu berücksichtigen, wie die Prozesse im Dialog mit den Bürgerinnen und Bürger künftig besser gestaltet werden können. Es zeigt sich, dass die Bürgerinnen und Bürger sich eher themenspezifisch engagieren als dauerhaft in Foren unter bestimmten Überschriften mitarbeiten. Ganz besonders ist die persönliche Betroffenheit des Einzelnen dabei zu beachten. Ich werde mich dafür einsetzen, neue Wege der Bürgerbeteiligung zu ermöglichen, z. B. durch Foren in den Stadtteilen. Gerade die Einrichtung von Flüchtlingsunterkünften in den Stadtteilen hat gezeigt, dass hier eine bessere Informationspolitik und eine bessere Form der Beteiligung geschaffen werden muss als es in der Vergangenheit der Fall war. Insofern kann das Bürgerbüro Stadtentwicklung seinen Teil dazu beitragen.

**Werden Sie für den Einsatz freier Software auf städtischen EDV-Systemen eintreten?**

Diese Thematik muss so schnell wie möglich innerhalb der Stadtverwaltung geprüft werden.

**Werden Sie sich dafür einsetzen, bei der Planung von öffentlichen Veranstaltungen (z.B. dem autofreien Sonntag) zukünftig eine Bürgerbeteiligung zuzulassen?**

Das muss ernsthaft geprüft werden. Fakt ist, dass öffentliche Veranstaltungen in der Vorbereitung durch Gesetze und Verordnungen zu planen und durchzuführen sind. Und die Verantwortung für die Durchführung solcher Veranstaltungen wird der Stadt Hannover als Veranstalter keiner abnehmen.

**Werden Sie sich für die verstärkte Durchführung von Bürgerbefragungen wie bspw. im Fall der EXPO 2000 einsetzen? Wenn ja, was sind die Kriterien für eine Durchführung? Gibt es Einschränkungen hinsichtlich der befragten Bürger?**

Direkte Bürger- und Einwohnerbeteiligungen gibt es derzeit schon auf städtischer Ebene. Mit dem Gesetz zur Reform des Niedersächsischen Kommunalverfassungsrechts sind im Jahre 1996 für Bürgerinnen und Bürger in Niedersachsen insbesondere das Bürgerbegehren und der Bürgerentscheid (Initiative durch die Bürgerinnen und Bürger) sowie die Bürgerbefragung (Initiative durch den Rat der Stadt) geschaffen worden. So hat bspw. der Rat der Stadt Braunschweig im Februar 2011 seine Bürgerinnen und Bürger über die Frage: "Soll die Stadt Braunschweig den Ausbau des Eintracht-Stadions durchführen und finanzieren?" abstimmen lassen. Dabei zeigte sich, dass knapp 1/3 der Bürgerinnen und Bürger Braunschweigs an der Abstimmung teilgenommen haben. Grundsätzlich halte ich es notwendig, dass alle Bürgerinnen und Bürger befragt werden sollen. Eine Unterscheidung innerhalb der Stadt darf es nicht geben. So bietet es sich an, die Bürgerinnen und Bürger Hannovers nach der Führung der D-Linie zu befragen. Dies ist ein gesamtstädtisches Thema, das Auswirkungen auf die nächsten Jahrzehnte hat und alle Nutzer der hannoverschen Innenstadt gleichermaßen betrifft.

**Werden sie sich dafür einsetzen, zusätzlich zu den in der Kommunalverfassung verankerten Gremien Bürgerräte einzurichten, um somit ohne große Kosten ein Stimmungsbild der Bevölkerung zu bekommen? Was wären in diesem Fall die Kriterien zur Auswahl der Bürger?**

Die Änderung der Niedersächsischen Kommunalverfassung obliegt dem niedersächsischen Landtag.

## **Bildung**

**Werden Sie sich dafür einsetzen, die Lehrmittelfreiheit an öffentlichen Schulen einzuführen, bspw. durch Anschaffung von freien Werken?**

Das ist eine Aufgabe des Landes Niedersachsen.

**Werden Sie weitere Anstrengungen unternehmen, die KiTa-Plätze auszubauen?**

Familienfreundlichkeit ist ein wichtiges Standortkriterium. Die Betreuungsangebote in Hannover gehören dringend verbessert. Nur wenn die Kinder flexibel und gut betreut werden, können die zahlreichen gut ausgebildeten Mütter und Väter sorgenfrei arbeiten und den Lebensunterhalt verdienen. Ich will eine maximale Erhöhung der Kinder-Betreuungsplätze in betrieblichen Kindertagesstätten erreichen. Meine Zielmarke: bis zum Jahr 2020. soll die Quote der betrieblichen Kinderbetreuungs-plätze in Hannover an der Gesamtzahl aller Betreuungsplätze von momentan 3 Prozent auf 6 Prozent gesteigert werden.

**Wenn ja, bis zu welcher Größenordnung (%-satz der betreuten Kinder) und innerhalb welcher Zeit? Wie meinen Sie, kann das dafür notwendige Personal akquiriert werden?**

Wie gesagt, die Betreuungsangebote in Hannover gehören verbessert und dazu zählt ein Ausbau aller Angebote der Kinderbetreuung, sei es Krippe, Kindergartenplätze und Hortbetreuung in den Nachmittagsstunden. Die Quote für den Ausbau der Einrichtungen insgesamt ist allerdings schwierig zu bewerten, da sie sich gesamtstädtisch darstellt. Die Anforderungen in den einzelnen Stadtteilen sind aber vollkommen unterschiedlich. So ist eine Betreuungsquote für alle Kinder in Linden-Süd sicherlich anders als in Bemerode. Darum setze ich mich für den bedarfsorientierten Ausbau in den Stadtteilen ein und werde diesen zügig umsetzen.

**Werden Sie sich dafür einsetzen, dass der KiTa-Besuch unter Ihnen kostenfrei sein wird?**

Schon heute ist der KiTa-Besuch für Menschen mit sehr geringen Einkommen kostenfrei. Und im Jahr vor der Einschulung ist er für alle Kinder unabhängig vom Einkommen der Eltern kostenlos.

**Werden Sie sich dafür einsetzen, dass unter Ihrer Führung die Einrichtung von sog. Laptopsklassen finanziell unterstützt?**

Die Ausstattung von Schulen obliegt der Landeshauptstadt. Hier sind seit mehr als 10 Jahren die sogenannten 1B Mittel für die Ausstattung mit Schulmaterialien durch die rot-grüne Ratsmehrheit nicht erhöht worden. Ich werde mich in der nächsten Haushaltsplanberatung dafür einsetzen, diese Mittel anzuheben, um entsprechende Ausstattungsverbesserungen zu ermöglichen. Investitionen in die Verbesserung der EDV-Ausstattung der Schulen sind dringend nötig.

**Werden Sie sich dafür einsetzen, dass unter Ihrer Führung die Einrichtung von E-Book-Reader in den Klassen 2-6 finanziell unterstützt?**

Die EDV-Ausstattung der Schulen ist, wie gesagt, dringend zu verbessern. Dazu zählen grundsätzlich alle Arten von Software für die Verwendung im Unterricht. Hier hat Hannover viel nachzuholen.

**Werden Sie sich für eine räumliche Erweiterung des VHS-Angebots einsetzen?**

Der Umbau der VHS ist eine begrüßenswerte und notwendige Sache. Allerdings gibt es in unserer Stadt ein vielfältiges Angebot von Bildungsträgern, das ich begrüße. Es wird Aufgabe der VHS sein, sich in diesem Bereich zukünftig besser zu positionieren und verstärkt auf die Nachfrage nach Angeboten zu reagieren. Meine Erwartungshaltung ist, dass sich die VHS neu positioniert und grundsätzlich überdenkt, wie sie ihre Angebote noch besser an den Bedürfnissen der Menschen ausrichten kann. Als Stichwort sei hier nur "Lebenslan-

ges Lernen" genannt. Dies wird mit der Leitung der VHS und den politischen Gremien zu diskutieren und neu zu entscheiden sein.

**Und ggf. auch für eine inhaltliche? Wenn ja, in welchen Bereichen?**

Siehe Frage zuvor.

**Werden Sie eine verstärkte Förderung des Kennenlernens unserer Sprache, Rechte, Kultur und Sozialordnung bei neu zuziehenden Bürgern mit Migrationshintergrund anstreben?**

Ich setze mich vehement für eine neue Art der Willkommenskultur ein. Gerade das Erlernen der deutschen Sprache ist elementar wichtig und ich bin sehr erfreut darüber, dass sich diese Einsicht auch bei den Migrantenverbänden durchgesetzt hat. Wir haben in den letzten Jahren einen Dialog in der Stadt begonnen, der weiter auszubauen ist und der für das gegenseitige Verstehen absolut notwendig ist. Leider ist hier in den vergangenen Jahrzehnten viel versäumt worden. Wir müssen den Menschen, die zu uns kommen, deutlich sagen, was wir von ihnen erwarten und was wir ihnen bieten. Nur durch diesen Dialog werden wir es schaffen, die Probleme der Vergangenheit zu lösen und dabei hat sich eines gezeigt: ohne das Erlernen der deutschen Sprache werden wir keine Integration hinbekommen. Von daher halte ich es für richtig, Sprachkurse anzubieten und möchte diese erweitern um die Fragen der Rechte, der Kultur und unserer politischen Teilhabe. Nur durch diese Art der Aufklärung können wir die Integration weiter vorantreiben. Diesen Weg möchte ich gemeinsam mit den Interessenvertretungen der Migrantenverbände fortsetzen.

**Welchen Anteil soll Ihrer Meinung nach der Bereich der Kinder- und Jugendförderung im Bereich der Freizeitbeschäftigungen haben?**

Einen großen.

**Verkehr**

**Werden die bestehenden Geschwindigkeitsregelungen beibehalten oder kommt es mit Ihnen zur Einrichtung weiterer Tempo-30-Zonen?**

Das ist abhängig von der Art der Straßen und den Anforderungen in den Stadtteilen. Grundsätzlich kann ich mir vorstellen, weitere Tempo 30-Zonen (z.B. um Schulen und Kindergärten) einzurichten. Eine generelle Beschränkung auf Tempo 30 wird es mit mir nicht geben.

**Werden Sie sich dafür einsetzen, Geschwindigkeitskontrollen ausschließlich an nachweislichen Gefahrenstellen durchzuführen?**

Ein klares und eindeutiges JA. Bisher gibt es kein Konzept innerhalb der Stadt Hannover für die Geschwindigkeitsüberwachung an Unfallschwerpunkten. Das zeigt auch die jüngste Untersuchung zur Geschwindigkeitsüberwachung am Weidetor. Besorgniserregend ist auch, wie viele Schulkinder auf dem Weg zur Schule verunglücken, Vielfach ist überhöhte Geschwindigkeit die Unfallursache. Daher werde ich der Überwachung auf Schulwegen den Vorrang geben.

**Werden Sie sich für die Beibehaltung der Umweltzone einsetzen? Wenn ja, warum?**

Die Umweltzone ist ein bürokratisches Monstrum, das bisher keinen Beitrag zur Luftverbesserung in Hannover beigetragen hat. Daher gehört sie abgeschafft. Die Feinstaubbelastung an der Göttinger Straße ist seit Einführung der Umweltzone nachweislich nicht gesunken. Auch liegen die Werte der Stickoxide nicht wesentlich unter denen vor der Einführung der Umweltzone. Leider lässt sich auf der kommunalen Ebene wenig für die Verbesserung der Luft machen und das ist die Erfahrung aus der Einführung der Umweltzone. Das zeigt sich schon an den Grenzen der Umweltzone: Sie beginnt im Norden willkürlich an einer Stelle der Vahrenwalder Straße. Wenn gegen den Anteil der Luftbelastung durch den Verkehr in der Stadt Hannover etwas getan werden soll, dann gehört hierzu unbedingt eine bessere Verkehrssteuerung durch die Ampeln. Nachweislich verringert sich der Feinstaubanteil durch zügiges Fahren. Wenn weniger Stops für die Fahrzeuge an den Ampeln durchgeführt werden müssen, dann verbessert sich der Wert der Feinstäube. Denn diese kommen nicht, wie angenommen, aus dem Auspuff, sondern werden durch das Bremsen verursacht.

**Werden Sie für eine Verbesserung der Verkehrsbedingungen für mobilitätsbeschränkte Mitbürger eintreten, z.B. durch durchgehende Absenkung von Bürgersteigen oder Austausch von Kopfsteinpflaster?**

Ich bin selbstverständlich für eine größtmögliche Erleichterung der Bedingungen zur Teilnahme auch mobilitätsbeschränkter Bürgerinnen und Bürger am und im Straßenverkehr. Eine universelle Absenkung von Bürgersteigen wird aber schwer umzusetzen sein.

**Werden Sie nachhaltige Straßenerneuerung gegenüber den bisherigen, meist nur kurzfristig wirksamen, Ausbesserungsarbeiten bevorzugen?**

Ja, da eine grundlegend sanierte Straße im Gegensatz zu permanenter Flickschusterei besser befahrbar und länger haltbar ist. Begründet liegt dies darin, dass eine geschlossene, durchgehende Straßendecke im Winter Frost, Eis und Schnee weniger Angriffsfläche bietet. Außerdem ist ein nachhaltiger finanzieller Beitrag in die Straßenerneuerung seit mehr als 5 Jahren Forderung der CDU. Das lässt sich an den gestellten Haushaltsanträgen im Rat belegen.

**Werden Sie sich für einen umlagefinanzierten ÖPNV im Bereich der durch ÜSTRA und RVH bedienten Abschnitte einsetzen?**

Das ist ein Thema für die Region Hannover. Hier liegt keine Zuständigkeit der Stadt vor.

**Werden unter Ihrer Führung konsequent alle Straßenlaternen auf LED-Technik umgestellt?**

Der Einsatz von LED-Technik ist grundsätzlich begrüßenswert, da im Gegensatz zu energiesparenden anderen Leuchtmitteln zwischen 30-35 % zusätzliche Energie gespart werden können. Allerdings müssen für LED-Straßenlaternen auch deutlich höhere Investitionen getätigt werden. Die Straßenbeleuchtungsanlagen in Hannover befinden sich in einem technisch guten und energieeffizienten Zustand. Bereits im Jahr 2009 wurde die letzte Quecksilberdampf-Hochdrucklampe außer Betrieb genommen. In Hannover sind seitdem ausschließlich energieeffiziente Leuchtmittel im Einsatz, vornehmlich die Natriumdampf-Hochdrucklampe. Insofern wäre ein kompletter Austausch und die Umstellung auf LED-Technik momentan ineffizient. Statt dessen werden die Straßenlaternen nur ausgetauscht, wenn sie abgängig sind oder aktuelle Straßenbaumaßnahmen die Erstellung neuer Straßenbeleuchtung rechtfertigen.

Zu den Kosten lässt sich festhalten, dass diese momentan nach der in Hannover gültigen Straßenausbaubeitragssatzung bemessen sind, Damit zahlen die Anlieger der Straßen. Die CDU spricht sich seit Jahren dagegen aus und plädiert für eine Abschaffung der Straßenausbaubeitragssatzung. .

**Wenn ja, wird das im Rahmen der laufenden Unterhaltung durch die Stadt finanziert (schließlich spart die Stadt damit ja langfristig Stromkosten) oder sollen die Anlieger mit den Kosten der Umstellung belastet werden?**

siehe Antwort vorherige Frage

**Werden Sie sich dafür einsetzen, dass**

- unnötige Ampelanlagen abgeschaltet und rückgebaut werden?
- Ampelanlagen in Schwachlastzeiten abgeschaltet werden?

Beide Fragen lassen sich mit JA beantworten und beide Dinge werden im Übrigen seit Jahren von der CDU in Hannover gefordert. Nur durch die einseitige rot-grüne Verkehrspolitik wird eine bessere Verkehrssteuerung in Hannover verhindert.

- Kreuzungen mit Schienentrassen auf Warnlichter umgerüstet werden?

Das ist ein Thema, dass den Bund betrifft.



**• Ampelanlagen so geschaltet werden, dass es auf den Hauptverkehrsstraßen zu einer „Grünen Welle“ kommt?**

Ja. Zusätzlich setze ich mich für die Modernisierung des Verkehrsmanagements in Hannover ein. Dies bedeutet nicht nur „Grüne Welle“, sondern Ampelanlagen die per Computerüberwachung und Steuerung in der Lage sind, auf aktuelle Verkehrslagen und –situationen zu reagieren und die Ampelschaltungen dementsprechend anpassen. Hier ist technisch heute schon mehr möglich als in Hannover getan wird.

**Werden Sie sich für den Umbau bestehender Ein-Richtungsradwege in Zwei-Richtungsradwege einsetzen, um damit einer verstärkten Bußgelderhebung von Fahren entgegen der Fahrtrichtung auf Ein-Richtungsradwegen entgegen zu wirken?**

Da Zweirichtungsradwege – unter anderem auch vom ADFC – kritisch gesehen werden, sollte man über die Einrichtung dieser nur nachdenken, wenn nicht auf beiden Fahrbahnseiten gut ausgebaute Radwege vorhanden sind .

**Setzen Sie sich für eine direkte Radwegeverbindung von der Calenberger Neustadt über die Ida-Arenhold-Brücke durch das Ihme-Zentrum nach Linden ein?**

Ja.

**Wenn ja, wie werden die rechtlichen Voraussetzungen für die Nutzung von Privatgelände geschaffen?**

Ein solcher Antrag ist bereits im November 2012 einstimmig beschlossen worden. Mit den Eigentümern der betroffenen Privatgrundstücke müssen einvernehmliche Lösungen gefunden werden.

**Angesichts der Tatsache, dass ca. 84% aller gefahrenen Personenkilometer in Deutschland mit dem Pkw zurückgelegt werden und nur ca. 15% mit Bus und Bahn: werden Sie sich für eine Gleichberechtigung des motorisierten Individualverkehrs gegenüber dem ÖPNV einsetzen? Wie stehen Sie zur Idee des umlagefinanzierten ÖPNV?**

Ich stehe für ein gleichberechtigtes Miteinander aller Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer.

Der umlagefinanzierte ÖPNV ist ein Thema für die Region Hannover.

## **Stadtentwicklung**

### **Werden Sie sich dafür einsetzen, öffentliche Toiletten mit mindestens einer Gelegenheit für Rollstuhlfahrerinnen und -fahrer auszustatten?**

Auch im Sinne der Inklusion halte ich es für zwingend erforderlich, dass alle mobilitätseingeschränkten Menschen in unserer Stadt, öffentliche Toiletten nutzen können. Insofern setze ich mich, da wo dies nötig ist, für einen Umbau der öffentlichen Toilettenanlage ein.

### **Werden Sie für die Einrichtung eines Altlastenfonds eintreten, der dann zum Tragen kommt, wenn der Verursacher nicht mehr greifbar ist?**

Bereits vor drei Jahren hat sich die CDU-Ratsfraktion – vor dem Hintergrund der Sanierung der Altlasten am Riedel-de-Haen-Platz – für die Einrichtung eines Altlastenfonds ausgesprochen. Die CDU-Forderung nach einem Konzept zu einer anteiligen Kostenaufteilung zwischen Stadt, Region und Eigentümern wurde mehrheitlich abgelehnt. Grundsätzlich bin ich einer angemessenen Kostenverteilung gegenüber offen.

### **Welche Möglichkeiten sehen Sie für eine Einflussnahme der Stadtverwaltung auf die Zukunft des Ihme-Zentrums? Kommt für Sie ein Abriss in Frage? Von welchen Kosten gehen Sie in diesem Zusammenhang aus?**

Die CDU hat sich klar zum Ihme-Zentrum positioniert und fordert die Stadtverwaltung seit Jahren auf, endlich maßgeblich, federführend und verantwortlich nach einer Lösung zu suchen. Erst vor kurzem brachte die CDU die Idee einer neuen Stadtentwicklungsgesellschaft bestehend aus der Stadt und finanzstarken Partnern, wie z.B. der Sparkasse oder den Stadtwerken Hannover AG, ein, die ein Konzept für das Ihme-Zentrum entwickeln und verwirklichen. In Köln wurde ein solches Modell erfolgreich bei der Entwicklung des Rheinauhafens umgesetzt und auch andere große Städte gehen ähnliche Wege. Ich halte dies für den einzig gangbaren Weg nach 15 Jahren unterschiedlicher Revitalisierungsversuche, die alle gescheitert sind. Wir brauchen für die Bewohner ein tragfähiges Zukunftskonzept und zwar so schnell wie möglich. Hier wurde durch die rot-grüne Ratsmehrheit schon zu viel Zeit vergeudet.

### **Werden Sie darauf bestehen, dass bei Neubauten von Wohnraum ein gewisser Anteil mietpreisgebunden sein wird? Wenn ja, wie hoch wird dieser Anteil sein?**

Ich halte es für wesentlich sinnvoller und zielführender, statt auf Anordnungen und Zwänge auf Freiwilligkeit über Anreize zu setzen. Dazu gehört für mich ein Runder Tisch mit der Wohnungswirtschaft, um die drängenden Probleme innerhalb der Stadt zu lösen. Vorgaben von der Stadt schrecken Investoren eher ab, sodass sich nur durch den Dialog mit der Wohnungswirtschaft und den Mietervertretungen hier schnellstens Abhilfe schaffen lässt.

**Und welche Miethöhe im Verhältnis zur Vergleichsmiete halten sie für angemessen?**

Siehe vorherige Frage.

**Werden Sie sich für Projekte zur legalen Anbringung von Graffiti einsetzen?**

Es gibt bereits in den Stadtbezirken Projekte, die Flächen für Graffitikünstler ausweisen bzw. Graffiti-Künstler Objekten/Wänden/etc. zur Gestaltung überlassen. Diese Projekte können bei entsprechender Nachfrage seitens der Graffiti-Szene weiter ausgebaut werden. Darüber hinaus gibt es – zumindest im Umland von Hannover – einige sehr gelungene Kooperationsprojekte zwischen Hausbesitzern aber auch Schulen, die Fassaden(-teile) oder Garagen durch Graffitis kostenlos „verschönern“ lassen wollen

**Werden Sie Privateigentümer bei der Entfernung illegaler Graffitis finanziell unterstützen? Wird es regelmäßige Säuberungen von öffentlichen Bauwerken (z.B. Ida-Arenhold-Brücke oder die neuen Hochwasserschutzmauern entlang der Ihme) geben? Wenn ja, in welchen Abständen?**

Grundsätzlich muss unsere Stadt sauberer werden. Dazu gehört für mich auch ein ordentliches Erscheinungsbild öffentlicher Bauwerke. Sofern diese durch Graffiti „verunstaltet“ werden, muss selbstverständlich Abhilfe geschaffen werden. Ich schlage jedoch – nicht nur aus kostenminimierenden Gründen vor – andere Wege wie z.B. in der Antwort zur letzten Frage aufgezeigt, oder ggfs. Kooperationen mit Stadtteil- und Jugendzentren einzugehen.

**Wie stehen Sie zu der Planung der Stadt Hannover, 1.000 Kleingärten zu Bauland und Gewerbeflächen machen zu wollen?**

Das Vorgehen der damaligen Stadtspitze zu diesem Thema halte ich für sehr ungeschickt und völlig übereilt sowie unnötig. Zum einen gibt es für Hannover überhaupt keine verbindliche Feststellung über bebaubare Baulücken oder Entwicklungskonzepte für brachliegende Gewerbeflächen, so dass überhaupt nicht klar ist, ob die Kleingärtenflächen zur Bebauung benötigt werden. Zum anderen darf es keinesfalls sein, dass komplette Kleingärten-Kolonien zerstört werden. Mir fehlt hier völlig das Maß in der Planung. Außerdem ist es nicht nachvollziehbar, dass die Kleingärtner nicht in den Prozess miteinbezogen werden. Hier darf es keine Schnellschüsse geben, denn wenn Kleingärten erst einmal bebaut worden sind, kann dieser Vorgang nicht mehr rückgängig gemacht werden.

**Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Stadt gemeinsam mit den Kleingärtnerverbänden eine einvernehmliche, langfristige Planung erstellt? Wie kann diese Ihrer Meinung nach aussehen?**

Für mich kommt nur eine gemeinsame Lösung mit den Kleingärtnern in Frage, nach Erfassung des Ist-Zustandes (wo gibt es Flächen zur Nachverdichtung, wo gibt es Flächen zur Nachnutzung und was wird an Flächen überhaupt benötigt). Dann kann zusammen be-

sprochen werden, ob überhaupt und wenn ja in welchem Maße Kleingartenflächen für Gewerbe- und Bauland benötigt werden.

## **Finanzen**

### **Bis wann glauben Sie, dass die Stadt ihre Schulden signifikant und dauerhaft senken kann? Wie soll das geschehen?**

Ich glaube die Frage sollte nicht mittel-, sondern kurzfristig gestellt und beantwortet werden. In Anbetracht der Tatsache, dass die Stadt Hannover 1,3 Mrd.€ Altschulden und 6,5 Mio. € Netto-Neuverschuldung im Jahr 2013 vor sich herschiebt, das letzte Jahr aber immense Gewerbesteuerereinnahmen zeitigte, scheint – auch vor allem im Sinne der Bürgerinnen und Bürger unserer schönen Stadt - Eile geboten und eine kontinuierliche Entschuldung mehr als realistisch. Die CDU zeigt alljährlich – im Rahmen ihrer Haushaltsberatungen sowie in den daraus resultierenden Anträgen - Wege oder auch Einzelmaßnahmen zum Schuldenabbau auf. Diese werden jedoch von den anderen politischen Parteien nicht aufgegriffen. Wenn dann auch noch die Schuldenbremse, die von der schwarz-gelben Landesregierung so vorbereitet wurde, dass sie im Jahr 2017 greift durch die rot-grüne Stadtverwaltung vertagt wird, sehe ich keine ernsthaften Bemühungen städtischerseits, eine Entschuldung wirklich voranzutreiben.

### **Werden unter Ihrer Führung weitere Kürzungen im sozialen Bereich erfolgen?**

Die Kollegen aus der CDU-Ratsfraktion haben in vielen Haushaltsdebatten – wie eben bereits erwähnt – vorgerechnet, wie eine Entschuldung auch ohne Belastungen im sozialen Bereich möglich ist. Lassen Sie es mich noch einmal anders ausdrücken: Wir können es auch ohne Einschränkungen der Lebens- und Versorgungsqualität für die hannoverschen Bürgerinnen und Bürger schaffen, zu sparen und den Haushalt zu entschulden, würde man beispielsweise die Ideen und Vorschläge der CDU aus den letzten Jahren realisieren!

### **Wird es zur weiteren Schließung öffentlicher Einrichtungen kommen? Wenn ja, welcher?**

Es wird keine weiteren Schließungen öffentlicher Einrichtungen in der Stadt mit mir geben.

### **Werden Sie sich für den Abbau von Bürokratie und Verschlankung der Verwaltung einsetzen? Wenn ja, haben Sie dazu schon konkrete Vorschläge?**

Ich bin der Ansicht, dass der Stadtkämmerer im Herbst 2011 eine sehr gute und mutige Idee versucht hat, umzusetzen. In Form eines Dialogs mit den Bürgern wollte er Sparvorschläge entwickeln, wurde aber – man muss wohl sagen – ausgebremst, weil diese Anregungen in weiten Teilen der Stadtführung auf wenig positive Resonanz stießen. Selbstverständlich hat die CDU dazu eigene Vorschläge entwickelt (z.B. doppelte Führungsstrukturen bei den städtischen Töchtern betreffend). Ich würde es aber begrü-

ßen, auch die Vorschläge der Bürgerinnen und Bürger zu hören und vor allem zu berücksichtigen. Hier ist eine völlig neue Form des Bürgerdialogs notwendig, den ich gern anstoßen möchte.

## **Abschließendes**

**Glauben Sie, als Mitglied einer momentan oder nach der nächsten Kommunalwahl nicht der Ratsmehrheit angehörenden Partei, die bislang gemachten Aussagen umsetzen zu können?**

Ja, denn die Position des Oberbürgermeisters in unserer Stadt ist eine wichtige Position. Ich glaube als Oberbürgermeister die Möglichkeit zu haben, im Sinne der Bürgerinnen und Bürger eine bessere, und vor allem andere Politik machen zu können.

**Gibt es sonstige Voraussetzungen die erfüllt sein müssen, damit ihre bislang gemachten Aussagen verwirklicht werden?**

Die Rahmenbedingen, insbesondere die finanziellen, müssen stimmen.